Nachrichten
aus Sri Lanka

Armutslöhne weg !
Beschäftigtenrechte her !

Im Wahlkampf hatte die neue Regierung Sri Lankas versprochen, mit billiger Arbeit solle Schluss sein im Land. Die Einlösung dieses Versprechens fordern FabrikarbeiterInnen und ihre Gewerkschaften nun ein: Im Februar organisierte die FTZ&GSEU gemeinsam mit verbündeten Gewerkschaften Seminare, Streikaktionen und Demonstrationen. An die neuen Amtsinhaber schickten sie Petitionen.

Denn während die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sich über die Erhöhung ihres Mindestlohnes auf 35.000 Rupien freuen können, scheint die neue Regierung bereits in ihrem ersten Monat im Amt vor den Fabrikbesitzern einzuknicken.

In den Bekleidungsfabriken liegt der Mindestmonatslohn aktuell bei 10.000 Rupien (71 Euro). Von diesem Lohn kann in Sri Lanka niemand in Würde leben. Nur die Spitze des Eisbergs: Viele

>>>>>>>

exCHAINS

Ein internationales Netzwerk zum Recht auf Organisierung entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette

Nachrichten

Nr. 3

Februar 2015

Weitere Info zum Projekt:

www.exchains.org

blog.exchains.org

ver.di

www.exchains.verdi.de

tie

www.tie-germany.org

Kontakt:
tie Bildungswerk e.V.
Heidestr. 131
60385 Frankfurt
Tel: 069-97 76 06 66
info@tie-germany.org

Fabrikarbeiterinnen leiden an Mangelerscheinungen, da sie sich nicht die Ernährung leisten können, die sie angsichts ihrer Arbeitsleistung benötigen würden, um gesund zu bleiben.

Die Gewerkschaften hatten eine Erhöhung des Mindestlohns im privaten Sektor um 5.000 Rupien gefordert; allerdings hat sich die Regierung von den Arbeitgebern auf 2.500 herunterhandeln lassen. Zumindest für diesen Betrag fordern die Beschäftigten nun eine gesetzliche Garantie - anstatt der von den Unternehmen gewünschten Koppelung an eine von ihnen selbst definierte ‘Produktivität’.

Schluss mit dem Union Busting !

Und warum kann das nicht alles von den Tarifparteien ausgehandelt werden? Weil Union Busting in Sri Lanka noch immer an der Tagesordnung ist. Fabrikbesitzer tun alles, um das Recht der Beschäftigten auf gewerkschaftliche Organisierung auszuhöhlen: schikanieren, entlassen, einschüchtern. Das Ergebnis: von 300 Bekleidungsfabriken im Land verfügen ganze 2 (!) über einen gültigen Tarifvertrag.

Aktive Beschäftige und ihre Gewerkschaften kämpfen pausenlos für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Solange jedoch ihre Rechte noch so mit Füßen getreten werden, erreichen sie Veränderung nicht alleine: Der Staat muss sie unterstützen. Die neue Regierung bedeutet vielleicht eine leise Chance, den jahrzehntelangen Stillstand bei der Durchsetzung der Beschäftigtenrechte zu durchbrechen.
Ein Selbstläufer ist das jedoch nicht.

Der Kampf der Beschäftigten geht weiter !